

Nr. 313 | 04.07.2023

## Polen-Analysen

### Der Parlamentswahlkampf 2023

■ ANALYSE	
Die innenpolitische Situation vor den Parlamentswahlen im Herbst Janusz A. Majcherek, Akademia WSB, Dąbrowa Górnicza	2
■ UMFragen	
Die politische Stimmung im Juni 2023	7
<hr/>	
■ CHRONIK	
20. Juni – 3. Juli 2023	10

## Die innenpolitische Situation vor den Parlamentswahlen im Herbst

Janusz A. Majcherek, Akademia WSB, Dąbrowa Górnicza

DOI: 10.31205/PA.313.01

### Zusammenfassung

Die Parlamentswahlen im Herbst in Polen werden nach Meinung unabhängiger Beobachter und Kommentatoren eine besondere, wenn nicht gar bahnbrechende Bedeutung haben, denn sie werden nicht nur darüber entscheiden, wer in den kommenden vier Jahren die Regierungsverantwortung übernehmen wird, sondern auch darüber, ob das seit zwei Legislaturperioden von der rechtspopulistischen Regierung aufgebaute autoritäre System zur Vollendung kommt. Sollte es dazu kommen, könnten dies die letzten Wahlen sein, welche die demokratische Opposition gewinnen könnte.

Der Aufbau des autoritären Systems in Polen findet seit acht Jahren statt. In dieser Zeit regierte das rechtspopulistische Lager, das von Jarosław Kaczyński, dem Parteichef von Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*), geführt wird. Wie bei Autokraten üblich, zeugt schon der gewählte Parteiname von Lug und Trug. Zwei Legislaturen lang wurden die Institutionen des demokratischen Staates mit Funktionären der *PiS* besetzt und dem Willen Kaczyńskis und der von ihm geführten Partei untergeordnet. Das betrifft auch die Gerichte, das Verfassungstribunal (*Trybunał Konstytucyjny*) inbegriffen, so dass es unmöglich ist, das eigenmächtige Vorgehen des Regierungslagers aufzuhalten oder anzufechten, das offenkundig die Verfassung, die Gewaltenteilung und die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit verletzt. Bei vollkommener Straffreiheit, die auch von der *PiS*-nahen Staatsanwaltschaft garantiert wird, wurde die organisierte Inbesitznahme des Staates und des öffentlichen Eigentums vollzogen.

Dieses Vorgehen wurde wiederholt von unabhängigen ausländischen und internationalen Institutionen, insbesondere der Europäischen Union, verurteilt und bestraft. Das wohl spektakulärste Beispiel ist hier die von der Europäischen Kommission zurückgehaltene Auszahlung von knapp 60 Milliarden Euro im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF), dem post-Covid-Hilfspaket, was auf die notorischen Verstöße der polnischen Regierung gegen die Rechtsstaatsprinzipien zurückzuführen ist (siehe Polen-Analysen 298, <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/298/>).

### Das Kräfteverhältnis in der Opposition

Die Oppositionsparteien erhalten in den Wahlen manches Mal mehr Stimmen als die *PiS*, erlangen aber aufgrund ihrer Zersplitterung nicht die parlamentarische Mehrheit. Die in den Parlamentswahlen geltende Stimmauszählung nach dem d'Hondtschen System begünstigt die größten Parteien, diskriminiert die kleineren und schließt die kleinsten mit der Fünf-Prozent-

Hürde aus. Vor einigen Monaten entstand daher das Konzept, eine gemeinsame Wahlliste für die gesamte demokratische Opposition aufzustellen, also für vier Gruppierungen. Die kleineren widersetzten sich, offensichtlich aus Angst, von der stärksten Oppositionspartei, der Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*), dominiert zu werden.

Diese gewann an neuer Dynamik durch Donald Tusk, der erneut ihre Führung übernahm, nachdem er aus Brüssel zurückgekehrt war, wo er fünf Jahre die EU-Ratspräsidentschaft ausgeübt hatte. Noch vor seiner Rückkehr nach Polen und vor den letzten Parlamentswahlen verbündete sich die *PO* mit der Partei Die Grünen (*Partia Zieloni*) und einer der kleineren linken Gruppierungen und tritt seitdem als Bürgerkoalition (*Koalicja Obywatelska – KO*) auf. Tusk zeigt sich seit vielen Monaten sehr aktiv, vor allem in Form von Treffen und Diskussionen mit den Einwohnern von Städten und Regionen, die großen Zuspruch erhalten. Das offene und spontane Format dieser Diskussionen steht in deutlichem Kontrast zu den für Jarosław Kaczyński organisierten Veranstaltungen, zu denen Parteiaktivisten gebracht und bei denen vorher vorbereitete Fragen vorgelesen werden, und die insgesamt allzu offensichtlich von Spezialisten des politischen Marketing inszeniert werden.

Als Höhepunkt der Aktivitäten Tusks und als sein außerordentlicher Erfolg erwies sich die Antiregierungsdemonstration, die von ihm initiiert und am 4. Juni 2023 durch die Straßen Warschaws geführt wurde. Es war der Jahrestag der halbfreien Wahlen im Jahr 1989, die die Kommunisten von der Macht abgelöst und den Weg zu einem demokratischen Polen eröffnet hatten. Die mehrere Hunderttausend zählende Menschenmenge, die gegen die autoritäre Regierung des rechten Lagers in fröhlicher und optimistischer Atmosphäre protestierte, machte einen starken Eindruck auf Beobachter, Kommentatoren und Bürger. Außer der zentralen Demonstration in der Hauptstadt

gab es auch in anderen Städten solche Manifestationen. Es waren vermutlich die größten Straßendemonstrationen seit 1989.

Getragen von dem geweckten Enthusiasmus, rief Tusk zu weiteren Antiregierungsdemonstrationen auf, beginnend in Posen (Poznań), wo sich mehrere Tausend Einwohner versammelten, und fortgesetzt in anderen Regionen mit vergleichbarem Erfolg.

Die Anerkennung für die Aktivitäten Tusks und der *KO* spiegelte sich auch in den Umfragen. Die vorher zwischen 25 und 27 Prozent liegenden Werte steigerten sich auf 30 Prozent und mehr.

Die Stärkung der *KO* vollzieht sich allerdings auf Kosten der übrigen demokratischen Oppositionsparteien, folglich vergrößert sich die Gesamtunterstützung für diese nicht und sie gewinnt kein deutliches Übergewicht gegenüber der *PiS*. Tusk vollzog eine Umorientierung der von ihm geführten konservativ-liberalen *PO* nach links. Er legte fest, dass er niemanden auf den Kandidatenlisten zulässt, der sich gegen die Legalisierung von Abtreibungen bis zur zwölften Schwangerschaftswoche ausspricht, er befürwortete die Erhöhung öffentlicher Investitionen und versprach ein Programm zur finanziellen Unterstützung von Müttern, die auf den Arbeitsmarkt zurückkehren wollen. Als Kaczyński die Erhöhung des Kindergeldes von 500 auf 800 Zloty (ca. 180 Euro) ab dem kommenden Jahr ankündigte, schlug Tusk vor, die Erhöhung noch vor den Parlamentswahlen einzuführen, um ihr den Charakter der Erpressung zu nehmen (»die *PiS* gibt die Erhöhung, wenn ihr sie wählt«), was die Regierungspartei in Verwirrung brachte. Sie behandelt Tusk als ihren größten Feind und bekämpft ihn mit allen, auch niederträchtigen, Mitteln. Je mehr sie von seiner Aktivität in die Defensive gedrängt wird, desto brutaler beißt sie um sich.

Die Linkswende Tusks und der *KO* hat dem linken politischen Spektrum, das sich aus einigen kleineren Gruppierungen zusammensetzt, einen Teil der Wähler genommen. In den letzten Wahlen hat das linke Bündnis mehr als zwölf Prozent erhalten, jetzt zeigen die Umfragen seit vielen Monaten weniger als zehn Prozent Unterstützung an. Tusks linksorientierte Erklärungen nähern sie jedoch ihm und der *PO* an. Tusk hatte die Anführer der Linken eingeladen, auf der Demonstration am 4. Juni zu sprechen, was sie wahrnahmen und was gut aufgenommen wurde.

Deutlich schwächer wird die neue Gruppierung, die nach den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 von dem damaligen Präsidentschaftskandidaten Szymon Hołownia gegründet wurde, einem recht populären und beliebten katholischen Publizisten und Fernsehmoderator. Er hatte ziemlich unerwartet kandidiert, ohne vorherige politische Erfahrung und organisatorische Unterstützung und erhielt fast 14 Prozent der Stim-

men. Gestützt auf dieses Ergebnis beschloss er, eine politische Bewegung ins Leben zu rufen, die eine Alternative zu den beiden dominierenden Lagern sein sollte, deren Vertreter im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen gegeneinander antraten (es gewann der mit der *PiS* verbundene Andrzej Duda, der mit einigen Hunderttausend Stimmen den Kandidaten der *PO*, Rafał Trzaskowski, überholte). Ein Teil der öffentlichen Meinung wirft Hołownia vor, die Opposition auseinanderzubringen, da er die wiederholt vorgebrachte Einladung, seine Kräfte mit der *KO* zu bündeln, standhaft ablehnte. Er berief sich dabei darauf, dass es der Gründung einer politischen Repräsentation für diejenigen Wähler bedürfe, die sich in der polarisierten politischen Konfrontation nicht wiederfinden. Weiter argumentierte er, dass sich in Ungarn eine gemeinsame Wahlliste der gegen das autoritäre Regierungslager gerichteten Opposition nicht bewährt hat. Sicherlich ging es ihm auch darum, seine selbständig startende politische Bewegung in den Wahlen zu testen.

Der Reiz des Neuen brachte seiner Gruppierung, die den etwas anmaßenden Namen Polen 2050 (*Polska 2050*) trägt, deutlich mehr als zehn Prozent Unterstützung in den Umfragen, später fielen die Werte dauerhaft unter zehn Prozent. Er entschied sich dann zur Zusammenarbeit mit der seit langem in der polnischen Politik präsenten Polnischen Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*), deren Umfragewerte gefährlich um die fünf Prozent schwankten und die ebenfalls einen Verbündeten suchte. Hołownia hat klar erkannt, dass ein Bündnis mit einem schwächeren Partner seine Position nicht in der Weise wie mit einem stärkeren Akteur untergraben würde. Im Ergebnis dieser Vereinbarung entstand das Bündnis Dritter Weg (*Trzecia Droga*). Nach den ersten relativ hohen Umfragewerten pendelte es sich ebenfalls um die zehn Prozent ein. Hier scheint die ernstzunehmende Gefahr auf, dass es in den Wahlen unter acht Prozent fallen könnte, der Grenzwert für Wahlbündnisse. Sollte irgendeine der oppositionellen Gruppierungen unter diese Schwelle sinken und daher keine Mandate im Sejm erhalten, würde das der Opposition mit großer Wahrscheinlichkeit die Chance auf die Regierungsübernahme nehmen und die Regierungszeit der Rechtspopulisten verlängern. Inoffiziellen Signalen zufolge, die allerdings von Hołownia dementiert werden, wird die *PSL* bei fortgesetzt niedrigen oder schwächer werdenden Ergebnissen des Dritten Weges das Projekt fallen lassen und sich der *PO* anschließen. In den Jahren 2007 bis 2015 haben sie gemeinsam die Regierungsverantwortung übernommen und außerdem gehören beide zur selben Fraktion im Europäischen Parlament; die Grundlagen für eine Zusammenarbeit sind also solide.

Dagegen gewinnt seit Monaten eine Gruppierung mit dem Namen Konföderation (*Konfederacja*)

an Stärke, die radikale Libertäre mit ebenso radikalen Nationalisten und Antieuropäern verbindet und deren Profil an die AfD in Deutschland erinnert. Seit einiger Zeit übersteigt sie regelmäßig die zehn Prozent und liegt in manchen Umfragen auf dem dritten Platz (bei den letzten Wahlen erreichte sie 6,81 Prozent). Manchen Interpretationen zufolge ist der Anstieg der Werte für die Konföderation auf den Schwenk der PO nach links und die Preisgabe der konservativen Liberalen zurückzuführen, deren Unterstützung der sowohl präsente als auch demagogische Anführer der Konföderation, Sławomir Mentzen, abgefangen haben soll. Auch wenn er und andere Akteure der Konföderation erklärtermaßen eine Zusammenarbeit mit der PiS und die Bildung einer gemeinsamen Regierung nach den Wahlen ausschließen und dies mit Uneinigkeit über die sozialen Versprechungen der PiS begründen, wird die Konföderation doch als potentieller Bündnispartner für die an Unterstützung verlierende Regierungspartei gesehen – wenn vielleicht auch nicht in Form einer offiziellen Koalition, so doch als potentieller Personalbestand. Die PiS ist bekannt für ihre Bereitschaft und Fähigkeit, einzelne Abgeordnete mit lukrativen Posten in PiS-nahen öffentlichen Institutionen zu versorgen.

### Gleiche und faire Wahlen?

Der Bereich und das Ausmaß dieser Unterordnung bewirkt, dass die Parlamentswahlen im Herbst sicherlich nicht gleich und nicht fair sein werden. Für den Erfolg der PiS arbeiten alle öffentlichen Medien, die seit langem eine aufdringliche Pro-Regierungs- und Anti-Oppositionspropaganda betreiben. Sie tun dies straffrei, denn auch die Institutionen der Medienaufsicht wurden mit PiS-Funktionären besetzt, die die unabhängigen Medien drangsalieren. Staatliche Konzerne senden Werbefilme, die im Grunde Wahlsots für die PiS sind und ihre Regierung preisen. Für die Regierungspartei arbeitet auch die Polnische Nationalbank (*Narodowy Bank Polski – NBP*), die von Adam Glapiński, einem langjährigen engen Mitarbeiter Kaczyńskis, geführt wird und eine Geldpolitik nach seinen Wünschen und Anordnungen auflegt. Befürchtungen weckt außerdem die mit Kaczyński-Leuten besetzte Kammer des Obersten Gerichts (*Sąd Najwyższy – SN*), die die Gültigkeit der Wahlen und das Wahlergebnis bestätigen soll.

Kaczyński selbst und seine Mitarbeiter unternehmen zusätzliche Versuche, auf das Ergebnis der kommenden Wahlen Einfluss zu nehmen. Dazu gehört u. a., dass zusätzliche Wahllokale in Dörfern und Kleinstädten eingerichtet werden sollen, insbesondere in der Nähe von Kirchen, und die Kommunen zu dem Angebot verpflichtet werden, ältere Wähler zu den Wahllokalen zu bringen. Die Wählerschaft auf dem Land (welche die älteste ist und kirchlich geprägt) sind die

trauesten Kaczyński- und PiS-Anhänger. Die Wahlen finden traditionell an einem Sonntag statt, also am Tag der katholischen Gottesdienste, nach denen viele Teilnehmer direkt zur Stimmabgabe gehen. Gleichzeitig blockiert die PiS die seit langem von der Staatlichen Wahlkommission (*Państwowa Komisja Wyborcza – PKW*) empfohlene Korrektur der Anzahl der Mandate, die auf die einzelnen Wahlkreise entfallen und die sich aus Veränderungen bei der Anzahl der Bevölkerung und der wahlberechtigten Einwohner ergibt. Die Korrektur würde bedeuten, dass den Wahlkreisen in den Großstädten mehr Mandate zugeordnet werden – in den Großstädten gewinnt gewöhnlich die Opposition.

Kaczyński verkündete auch die Absicht, zusammen mit den Parlamentswahlen ein Referendum zur von der EU angepeilten Relokation von Flüchtlingen durchzuführen. Da der gesellschaftliche Widerstand gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aus außereuropäischen Ländern deutlich ist, zählt Kaczyński sicherlich darauf, dass die, die in einem möglichen Referendum dagegen stimmen, ihre Stimme auch lieber seiner Partei geben, die sich dem Relokationsmechanismus widersetzt. Rasch zeigte sich allerdings, dass Polen keineswegs am Relokationsprogramm teilnehmen muss, da es über eine Million ukrainischer Geflüchteter aufgenommen hat, sondern sich vielmehr um Unterstützung bemühen kann. Die Bedingung war, an die Europäische Kommission mit einem entsprechenden Antrag der polnischen Regierung heranzutreten, was sie aber nicht getan hat. Dies brachte der Regierung nicht nur Kritik ein, sondern auch Spott.

In den letzten Wochen wurde ein weiterer Versuch unternommen, auf den Verlauf und die Ergebnisse der Wahlen Einfluss zu nehmen, indem eine Sonderkommission berufen werden soll, die russische Einflüsse auf die polnische Politik untersuchen soll. Es handelte sich um das für die PiS typische Manöver, eine Narration umzukehren: In einigen von unabhängigen Investigativjournalisten veröffentlichten Büchern sowie in vielen Presse- und Fernsehbeiträgen wurden zahlreiche Fälle von Verbindungen zwischen Akteuren der aktuellen Regierung und Organisationen, die direkt oder indirekt vom Kreml gesteuert werden (sog. »Einflussagenten«), dokumentiert. Um die Aufmerksamkeit von den eigenen Verstrickungen abzuwenden und gleichzeitig die Opposition zu schwächen, soll die besagte Sonderkommission Beweise für angebliche prorussische Aktivitäten der Regierung von Donald Tusk (2007 bis 2014) liefern und diesem das Recht entziehen, öffentliche Funktionen auszuüben, und dies alles willkürlich, ohne Gericht und die Möglichkeit, in Berufung zu gehen, und dabei straflos, denn den Mitgliedern der Kommission wird Immunität zugesichert. Die Abstimmung im Sejm und die Unterzeichnung des Gesetzes

zur Berufung einer Kommission, die Assoziationen an die berüchtigte McCarthy-Kommission auslöst und die paradoxerweise an die russischen Vorschriften für ausländische Agenten angelehnt ist, rief Empörung und Proteste europäischer und US-amerikanischer Institutionen hervor. Die Reaktionen hatten die Vertreter der Regierung sowie Präsident Duda selbst mit Erklärungen angeheizt, dass die protestierenden Europäer und Amerikaner die Gründe für die Entstehung der Kommission und die Bedingungen ihres Funktionierens angeblich nicht verstehen. Duda erklärte, er werde US-Präsident Joe Biden alles persönlich erklären, womit er Spott auf sich zog. Unter dem Einfluss solcher Reaktionen unternahm Duda einen raschen Versuch, das Gesetz zu novellieren, das er wenige Tage zuvor eilfertig unterschrieben und laut gelobt hatte, was ihm neuen Spott einbrachte. Diese Novelle wurde vom Sejm mit Mehrheit bestätigt. Die Sonderkommission soll es geben, aber sie wird nicht so weit gefasste Befugnisse haben, wie im ursprünglichen Gesetz festgelegt. Die Regierung erweckt den Anschein, als wolle sie keinen schnellen Einsatz der Kommission, für den sie sich zuvor beeilt hat. Die gesamte Opposition kündigte den Boykott der Kommission an.

### **Erfolgreiche Versuche, die Narration umzukehren**

Gleichzeitig startete das der Regierung vollkommen untergeordnete öffentliche Fernsehen die Ausstrahlung einer Dokumentarserie, die die angeblich prorussische Einstellung und Aktivitäten Tusks sowie seiner Mitarbeiter und mit ihm verbundener Politiker belegen soll. Bereits nach der Ausstrahlung des ersten Teils protestierte ein amerikanischer Finanzfachmann, der seit Jahren Geschäfte mit Russland macht und dessen Äußerung in der Dokumentation verwendet wurde. Seiner Aussage nach handelt es sich um eine Manipulation und er hebt hervor, dass »er nicht viele Leute kennt, die sich so erfolgreich wie Radek [Radosław Sikorski, Außenminister von 2007 bis 2014, JAM] Putin entgegen gestellt haben«, während im Film versucht worden war, Sikorski als Günstling Russlands darzustellen. Ähnlich reagierte der britische Publizist Edward Lucas, dessen Aussage ebenfalls im Film eingesetzt wurde, worüber er »entsetzt« sei, wie er schrieb.

Unterdessen wurden von WikiLeaks US-amerikanische Geheimnachrichten aus dem Jahr 2008 enthüllt, d. h. aus der Zeit, als Tusk Ministerpräsident und Sikorski Außenminister war. Sie belegen, dass man in der damaligen US-Administration Angst vor einer zu stark antirussischen Einstellung der polnischen Regierung hatte. Verwendet wurde sogar die Formulierung »Sikorski-Doktrin«, der zufolge der damalige Außenminister vorgeschlagen haben soll, jede Maßnahme Russlands mit dem Ziel, die Grenzen eines Landes zu

verändern, als Gefahr für die europäische Sicherheit anzuerkennen und mit einer »angemessenen Antwort des gesamten Nordatlantikpaktes« zu reagieren. Weiter habe er gewarnt, dass Polen eine »Wiederholung des georgischen Szenarios in der Ukraine« nicht tolerieren werde. Nach Bewertung der US-amerikanischen Botschaft sei Polen ein treuer Bündnispartner der USA und befürworte, eine Politik zu betreiben, die Russland Einhalt gebiete, das es für eine ernste Gefahr halte. Amerikanische Diplomaten in Moskau wiederum schickten Nachrichten nach Washington, in denen sie darüber informierten, dass die russische Regierung über einen Auftritt Sikorskis empört sei, bei dem er vor Russland gewarnt und die US-Regierung zur Stationierung amerikanischer Truppen in Polen aufgerufen hatte, was vom Kreml als feindlicher Akt vonseiten der polnischen Regierung aufgefasst wurde.

In diesem Zusammenhang wurde auch daran erinnert, dass Sikorski sich deutlich gegen den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 gestellt und die deutsch-russische Vereinbarung darüber als Hitler-Stalin-Pakt bezeichnet hatte, was damals sogar von vielen unabhängigen Kommentatoren als zu scharf verurteilt worden war.

Die Beschwörung des Themas russischer Einflussnahme hatte bei unabhängigen Journalisten und Medien zur Folge, dass sie an früher bereits bekannte bzw. neuere Fälle von Verwicklungen der Politiker des Regierungslagers in zweideutige Beziehungen zu Personen erinnern, die der Verbindung zu Russland verdächtigt werden.

### **Das Regierungslager gegenüber der Gefahr einer Wahlniederlage**

Tusk die Ausübung öffentlicher Ämter zu verweigern, sollte dazu führen, dass er nicht noch einmal das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen kann, falls die KO stärkste Kraft im Parlament wird. Die Maßnahmen, die den Machtverlust der PiS verhindern sollen, zeigen aber auch, dass ihre Funktionäre mit einer Wahlniederlage rechnen. Je intensiver und zahlreicher die außerrechtlichen und informellen Versuche, den Wahlsieg der Opposition zu verhindern, desto stärker der Verdacht, dass das Regierungslager die eigene Niederlage als wahrscheinlich betrachtet.

Dies bestätigte Duda indirekt, als er überraschend eine angebliche Systematisierung von Kompetenzfragen vor der regulären Übernahme der EU-Präsidentschaft durch Polen in der ersten Jahreshälfte 2025 vorschlug. Als er seinen Gesetzesentwurf dazu vorstellte, zeigte sich, dass dieser ihm viele Vorrechte im Bereich der Europapolitik einräumt, die der aktuellen Regierung dienen. Er könnte u. a. Kandidaturen polnischer Vertreter für Institutionen in der Europäischen Union bestätigen, also auch blockieren, sowie Polen auf EU-

Gipfeln der Staats- und Regierungschefs repräsentieren. Das nährt den Verdacht, dass auch er sich auf eine Regierung der aktuellen Opposition vorbereitet und im Vorhinein versucht, ihren Handlungsspielraum zu beschneiden. Unabhängig von diesem Vorgehen hat er ohnehin das Vetorecht für Parlamentsgesetze, von dem er sicherlich häufig Gebrauch machen wird, wenn die aktuelle Opposition die Mehrheit hat. Dudas Amtszeit endet im Herbst 2025.

Der Präsident kann aber noch auf eine andere Art das Wahlergebnis beeinflussen. Zu seinen Befugnissen gehört es, den Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten zu designieren, dem dann innerhalb einer bestimmten Zeit das Vertrauen ausgesprochen werden muss, d. h. er muss die Mehrheit im Sejm hinter sich versammeln. Da es wahrscheinlich ist, dass Kaczyński's Gruppierung die meisten Stimmen und Abgeordnetenmandate erhalten wird – solange die Opposition verteilt auf drei gesonderte Listen die Wahlen antreten wird –, könnte Duda einen *PiS*-Vertreter für den Posten des Ministerpräsidenten designieren, der ihm von Kaczyński angewiesen wird. Duda selbst und die gesamte aktuelle Regierungsmannschaft würden Zeit bekommen, einzelne Abgeordnete der anderen Gruppierungen zu korrumpieren und auf die eigene Seite zu ziehen. Sollten nur wenige Stimmen zur Mehrheit im Sejm fehlen, könnte ein solches Manöver glücken und sich die Regierungszeit der populistischen Rechten verlängern und die Einführung der Autokratie in Polen vollenden.

Das Regierungslager befand sich zweifellos in einer Imagekrise und in der politischen Defensive, was sogar manche seiner Akteure öffentlich einräumen. Intern kommt es zu fieberhaften und dadurch chaotischen Versuchen, die politische Initiative wiederzuerlangen. Zuerst wurde der Chef des *PiS*-Wahlkampf büros ausgetauscht und danach wurde Kaczyński selbst als Vize-ministerpräsident in die Regierung aufgenommen, was als Wunsch einer stärkeren internen Kontrolle gedeutet

#### *Über den Autor*

*Janusz A. Majcherek* ist Professor der Philosophie und Doktor der Soziologie und aktuell an der *Akademia WSB* in Dąbrowa Górnicza tätig. Er kommentiert politische und gesellschaftliche Themen in unabhängigen polnischen Medien (u. a. *Gazeta Wyborcza*, *Polityka* und *TVN24*) und arbeitet mit dem Deutsch-Polnischen Magazin *DIALOG* zusammen.

wurde. Das ist allerdings insofern ein kurioser Schritt, als er genau vor einem Jahr von diesem Regierungsposten abtrat und argumentierte, dieser lasse sich nicht mit der Ausübung seines Parteivorsitzes vereinbaren.

Solcherlei chaotische und sonderbare Maßnahmen verstärken den Eindruck, dass Wege gesucht werden, eine drohende Wahlniederlage abzuwenden. Diese ist allerdings nicht vorherbestimmt und einige Monate vor den Wahlen halten die Aktivitäten an, das Kräfteverhältnis zu beeinflussen.

Das polnische Parlament besteht, ähnlich wie der Bundestag, aus zwei Kammern und im Senat hält gegenwärtig die Opposition die Mehrheit, die in den vergangenen Wahlen eine gemeinsame Liste für den Senat aufgestellt hat. Ähnlich wird sicherlich im Herbst verfahren werden, mit der Absicht, zusätzliche Sitze im Senat zu erhalten und die bisherige Mehrheit noch zu stärken. Der Opposition kommt das Mehrheitswahlrecht für den Senat zugute, denn wie bereits gesagt, erhält die Opposition gewöhnlich mehr Stimmen als die *PiS* und wenn sie in jedem Senatswahlkreis einen gemeinsamen Kandidaten aufstellt, gewinnen diese in der Mehrheit der Kreise. Allerdings legte die parlamentarische Praxis, die notorisch den Interessen und dem Willen der den Sejm bestimmenden Regierungsmehrheit untergeordnet ist, die Schwäche des Senats offen, da fast alle seine Einwände, Gegenvorschläge und Initiativen abgelehnt wurden. Die Mehrheit im Senat zu erhalten, reicht nicht aus, um die Gefahr der vollständigen Autokratisierung Polens abzuwenden.

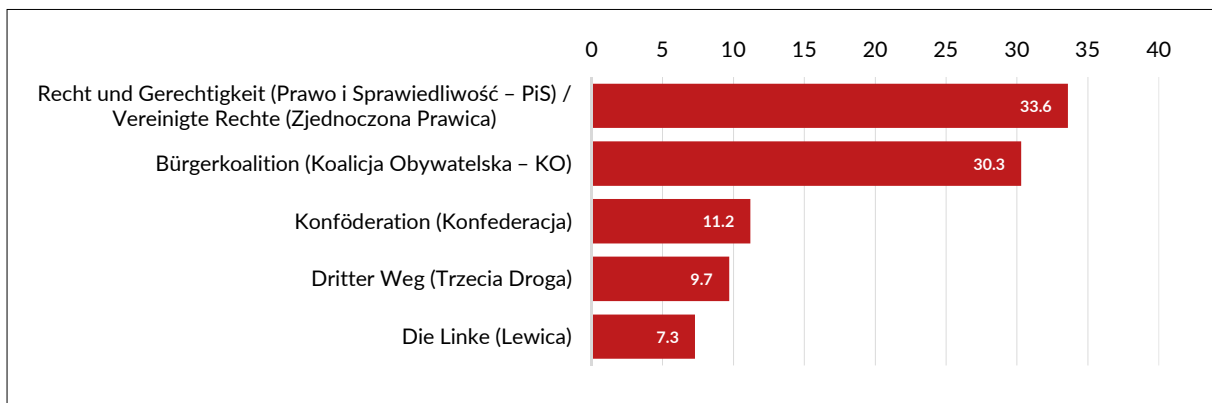
Folglich kann nur ein hoher, unanfechtbarer Sieg in den Wahlen zum Sejm der aktuellen demokratischen Opposition die Chance eröffnen, die rechtspopulistische Regierung von der Macht abzuziehen und der Vollendung des autoritären Systems vorzubeugen.

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

## UMFRAGEN

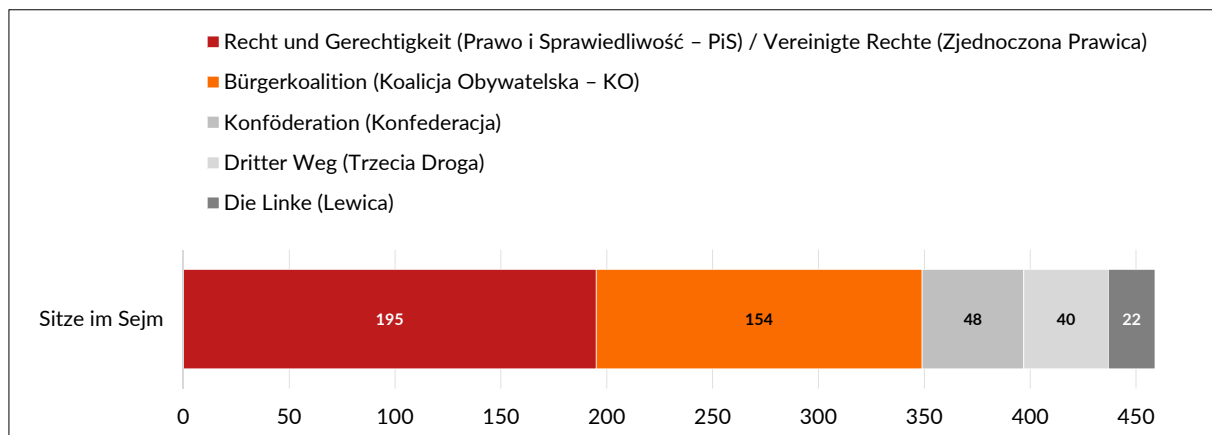
## Die politische Stimmung im Juni 2023

Grafik 1: Unterstützung für politische Parteien/Parteienbündnisse (Juni 2023, %)\*



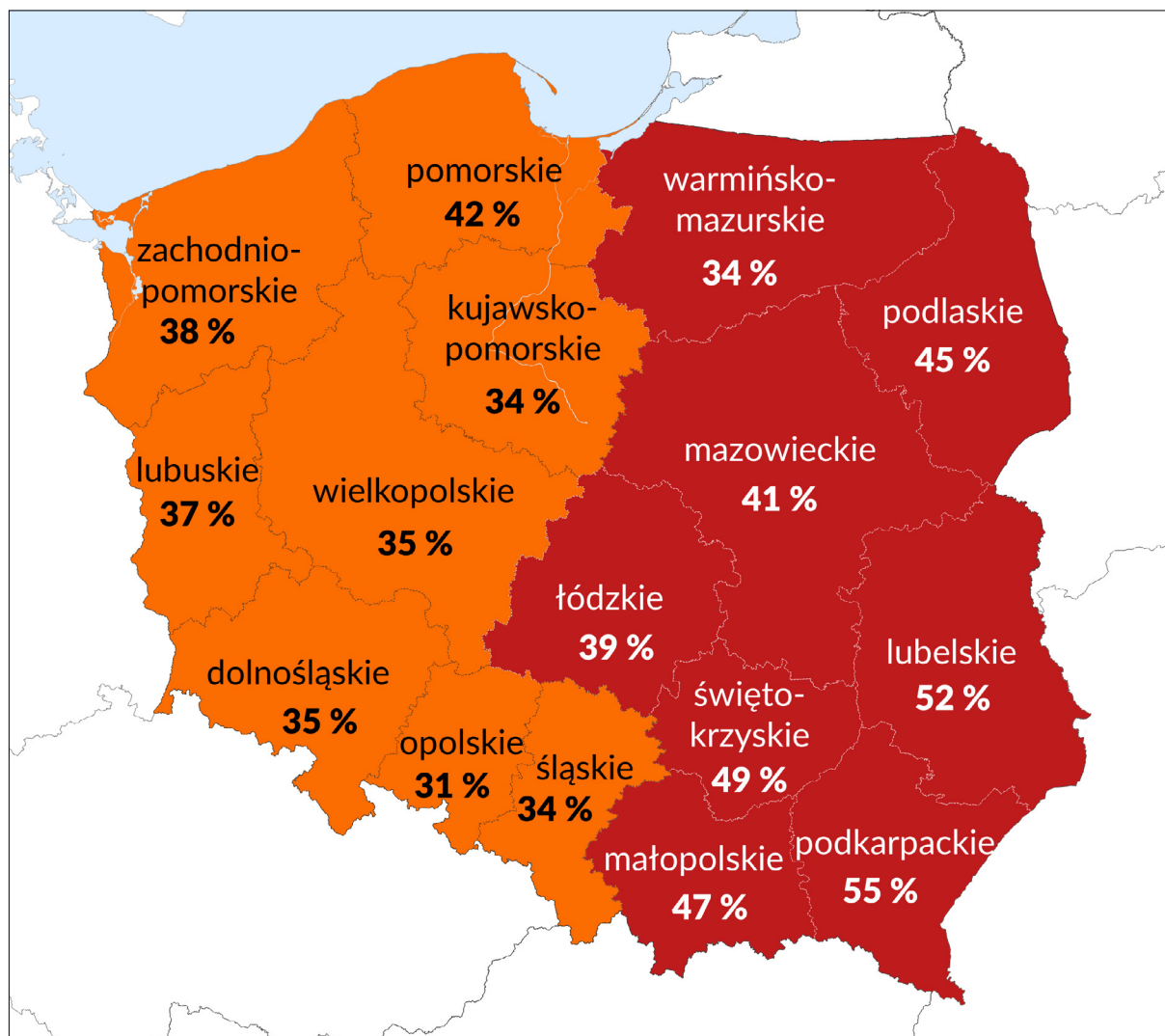
\* ermittelter Durchschnittswert verschiedener Umfragen im Monat Juni 2023  
 Quelle: <https://ewybory.eu/sondaze/> (abgerufen am 26.06.2023).

Grafik 2: Mögliche Mandatsverteilung im Sejm entsprechend der Parteipräferenzen vom Juni 2023



Die Mehrheit ist mit 231 Mandaten erreicht.  
 Quelle: <https://ewybory.eu/sondaze/> (abgerufen am 26.06.2023).

**Grafik 3: Die stärkste politische Kraft in den polnischen Woiwodschaften nach den Umfrageergebnissen vom Juni 2023**

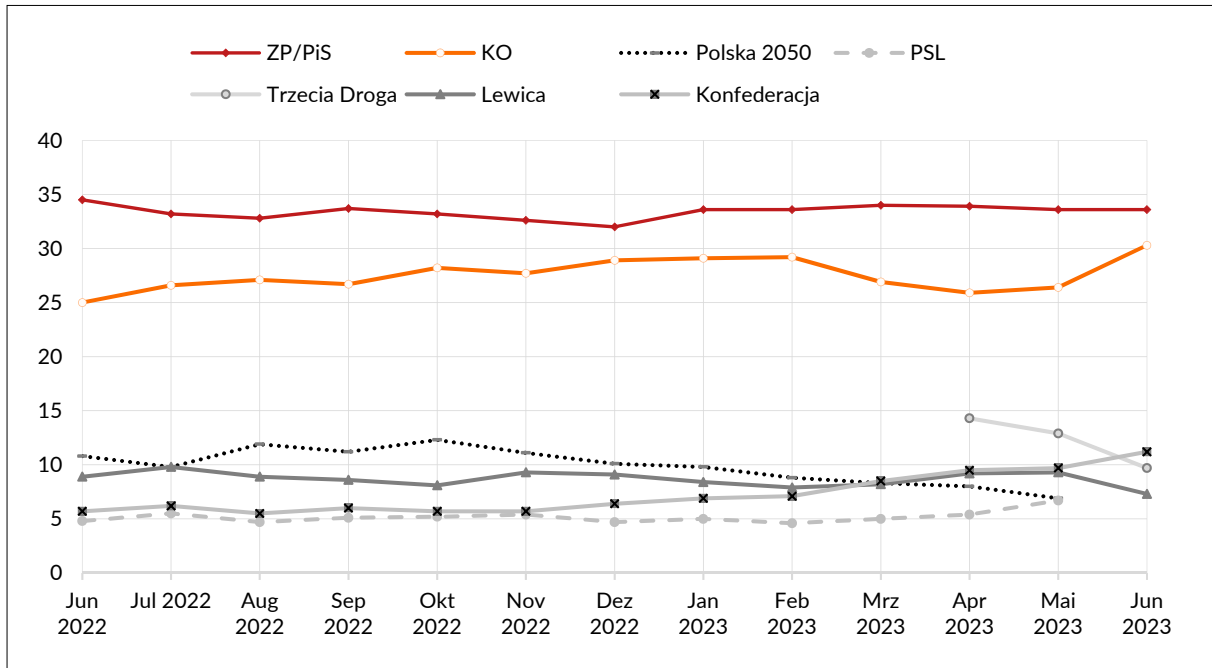


Woiwodschaft (województwo)	Stärkste politische Kraft: ■ Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość - PiS) / Vereinigte Rechte (Zjednoczona Prawica)	Woiwodschaft (województwo)	Stärkste politische Kraft: ■ Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska - KO)
Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	34 %	Großpolen (wielkopolskie)	35 %
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	49 %	Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	34 %
Kleinpolen (małopolskie)	47 %	Lebuser Land (lubuskie)	37 %
Lodz (łódzkie)	39 %	Niederschlesien (dolnośląskie)	35 %
Lublin (lubelskie)	52 %	Oppeln (opolskie)	31 %
Masowien (mazowieckie)	41 %	Pommern (pomorskie)	42 %
Podlachien (podlaskie)	45 %	Schlesien (śląskie)	34 %
Vorkarpaten (podkarpackie)	55 %	Westpommern (zachodniopomorskie)	38 %

Quelle: <https://ewyborcy.eu/sondaze/> (abgerufen am 26.06.2023).



**Grafik 4: Unterstützung für politische Parteien/Parteienbündnisse Juni 2022 – Juni 2023 (%)\***



	Juni 2022	Juli 2022	August 2022	September 2022	Oktober 2022	November 2022	Dezember 2022	Januar 2023
ZP/PiS	34,5	33,2	32,8	33,7	33,2	32,6	32	33,6
KO	25	26,6	27,1	26,7	28,2	27,7	28,9	29,1
Polska 2050	10,8	9,8	11,9	11,2	12,3	11,1	10,1	9,8
PSL	4,8	5,5	4,7	5,1	5,2	5,4	4,7	5
Trzecia Droga	-	-	-	-	-	-	-	-
Lewica	8,9	9,8	8,9	8,6	8,1	9,3	9,1	8,4
Konfederacja	5,7	6,2	5,5	6	5,7	5,7	6,4	6,9

	Februar 2023	März 2023	April 2023	Mai 2023	Juni 2023
ZP/PiS	33,6	34	33,9	33,6	33,6
KO	29,2	26,9	25,9	26,4	30,3
Polska 2050	8,8	8,3	8	6,9	siehe Trzecia Droga
PSL	4,6	5	5,4	6,7	siehe Trzecia Droga
Trzecia Droga	-	-	14,3	12,9	9,7
Lewica	7,9	8,2	9,2	9,3	7,3
Konfederacja	7,1	8,5	9,5	9,7	11,2

ZP/PiS: Vereinigte Rechte (Zjednoczona Prawica)/Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość); KO: Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska); PSL: Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL); Trzecia Droga: Dritter Weg (Zusammenschluss aus Polska 2050 und PSL); Lewica: Die Linke; Konfederacja: Konföderation

\* ermittelter Durchschnittswert verschiedener Umfragen

Quelle: <https://ewybory.eu/sondaze/> (abgerufen am 26.06.2023).

## CHRONIK

## 20. Juni – 3. Juli 2023

20.06.2023	In einem Interview im Radiosender RMF FM sagt Vizeaußenminister Paweł Jabłoński, die Ukrainische Aufständische Armee (ukr. UPA) habe 1943 in Wolhynien Völkermord an den dort lebenden Polen verübt. Die Ukraine solle dies eindeutig eingestehen und der Exhumierung der Opfer zustimmen. Er sei zuversichtlich, dass die Angelegenheit vor dem EU-Beitritt der Ukraine geklärt werde. Der Hintergrund ist, dass die Ukrainische Aufständische Armee polnische Einwohner von Wolhynien und Ostgalizien ermordet oder vertrieben hatte; insgesamt sollen ca. 100.000 Polen ums Leben gekommen sein. Der größte koordinierte Angriff hatte am 11. und 12. Juli 1943 in ca. 150 Orten in Wolhynien stattgefunden. Vor einigen Tagen hat der Direktor des Instituts für Nationales Gedenken der Ukraine, Anton Drobowskyj, in einem Interview in der Ukraine als Bedingung für die Exhumierung der polnischen Opfer die Renovierung eines Denkmals für die Ukrainische Aufständische Armee in der Woiwodschaft Vorkarpaten (województwo podkarpackie) genannt. Jabłoński sagt, es sei unangemessen, in dieser Angelegenheit Bedingungen zu stellen, und Drobowskyj gebe nicht die Richtung in der ukrainischen Politik vor.
21.06.2023	Präsident Andrzej Duda beruft Jarosław Kaczyński, Parteichef von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), wieder in das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten. Abgerufen werden aus diesem Amt Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak, Piotr Gliński, Minister für Kultur und Nationales Erbe, Jacek Sasin, Minister für staatliche Aktive, und Henryk Kowalczyk, Mitglied des Ministerrates. Kaczyński ist damit der einzige Vizeministerpräsident. Die Minister wie auch Kowalczyk behalten ihre Ressorts. Kaczyński hatte die Position bereits von Oktober 2020 bis Juni 2022 mit dem Schwerpunkt Sicherheit inne. Beobachter deuten die erneute Besetzung als Reaktion darauf, dass der PiS-Wahlkampf für die Parlamentswahlen im Herbst nicht die gewünschten Erfolge zeitigt.
22.06.2023	Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) wurden zwischen Januar und Mai 2023 93.717 neu gebaute Wohnungen zur Nutzung freigegeben. Das sind 2,5 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Die durchschnittliche Wohnungsgröße beträgt 96,8 m <sup>2</sup> .
23.06.2023	Das Statistische Hauptamt (Główny Urząd Statystyczny – GUS) gibt bekannt, dass zwischen Januar und April 2023 knapp 57.000 Männer den ihnen gesetzlich zustehenden »Vaterurlaub« nach der Geburt eines Kindes genommen haben. Der Vaterurlaub beträgt zwei Wochen.
24.06.2023	Präsident Andrzej Duda beruft eine Sitzung des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN) ein. Der Hintergrund ist der Vormarsch der russischen privaten Söldnertruppe Wagner in Richtung Moskau, der einige Hundert Kilometer vor der russischen Hauptstadt stoppte. Der Vormarsch steht im Zusammenhang mit angeblich von russischen Streitkräften getöteten Wagner-Söldnern, für die der Leiter der Truppe, Jewgeni Prigoschin, »Vergeltung« fordert. Die Söldnertruppe Wagner kämpft neben anderen russischen Einheiten im Angriffskrieg gegen die Ukraine. Präsident Andrzej Duda sagt nach der Beratung, für Polen bestehe aktuell keine erhöhte Gefahr. Es handele sich um eine interne Angelegenheit Russlands, die keinen Einfluss auf Polen habe.
26.06.2023	Nach Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug die Arbeitslosenquote im Mai in Polen 5,1 % (802.300 Personen). Es wurden große Unterschiede verzeichnet, z. B. von 1,4 % in der Unterregion Warschau-Stadt sowie 2,1 % in der Unterregion Krakau-Stadt bis 12,6 % in der Unterregion Radom.
27.06.2023	Der Ministerrat beschließt einen Gesetzesentwurf zur Erhöhung des Kindergeldprogramms »500 +« ab 1. Januar 2024. Das 2016 von der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eingeführte Kindergeld in Höhe von 500 Zloty monatlich (ca. 113 Euro) soll zum ersten Mal erhöht werden und künftig 800 Zloty (ca. 180 Euro) betragen. Die geschätzten Kosten für 6,7 Mio. berechtigter Kinder belaufen sich im Jahr 2024 auf ca. 24 Mrd. Zloty. Der Entwurf wird dem Sejm vorgelegt.
28.06.2023	Präsident Andrzej Duda und Gitanas Nausėda, Präsident Litauens, werden in Kiew (Ukraine) von Präsident Wolodymyr Selenskyj empfangen. Thematisiert werden der Krieg Russlands gegen die Ukraine und der NATO-Gipfel im Juli in Wilna (Litauen). Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz spricht sich Duda für die Aufnahme der Ukraine in die NATO in absehbarer Zukunft aus. Das Treffen des Lubliner Dreiecks (Litauen, Polen, Ukraine) in Kiew sei ein Zeichen der Solidarität und eine Demonstration, dass die Ukraine ein unabhängiger, souveräner, stolzer und freier Staat sei, so Duda.
28.06.2023	Im Gesetzesblatt wird eine neue Verordnung des Finanzministeriums über die Aufhebung der Mehrwertsteuer für bestimmte Lebensmittel veröffentlicht. Die Aufhebung wird über den 30. Juni verlängert und gilt bis zum 31. Dezember 2023. Sie betrifft Fleisch und Fisch, Milch und Milchprodukte, Eier, Honig, Obst und Gemüse.

29.06.2023	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak teilt nach der Sitzung des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN) mit, dass die Grenzkontrollen zu Belarus verstärkt werden. Dies steht im Zusammenhang damit, dass sich Soldaten der russischen Söldnerarmee Wagner in Belarus befinden sollen. Die Wagner-Armee kämpft an der Seite Russlands im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. In der vergangenen Woche hat sie einen Vormarsch auf Moskau unternommen, der jedoch von Wagner-Chef Jewgeni Prigoschin angeblich aufgrund von Verhandlungen mit dem belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko abgebrochen wurde.
29.06.2023	Vor dem heute beginnenden Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Brüssel, auf dem die EU-Flüchtlingspolitik und der von den EU-Innenministern mit qualifizierter Mehrheit beschlossene Relokationsmechanismus behandelt werden soll, sagt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki in Warschau, Polen werde die angestrebte Verteilung von Flüchtlingen in der EU ablehnen. Als Gegenvorschlag für die EU-Flüchtlingspolitik nennt er die Reformierung der EU-Grenzschutzagentur Frontex und einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen.
30.06.2023	In Anwesenheit von Vizeministerpräsident Jarosław Kaczyński und Infrastrukturminister Andrzej Adamczyk wird in Swinemünde (Świnoujście) der Swinetunnel eröffnet, der die Inseln Usedom (Uznam) mit dem Verwaltungssitz Swinemünde und Wollin (Wolin) verbindet. Bisher gab es nur eine Fährverbindung. Der Bau des Tunnels (1,4 km) kostete rund 900 Mio. Zloty; ca. 775,7 Mio. Zloty kamen aus EU-Mitteln.
01.07.2023	Ab heute gilt ein höherer Mindestlohn in Polen. Er steigt von 3.490 Zloty brutto auf 3.600 Zloty brutto (ca. 810,82 Euro). Der Stundenlohn steigt von 22,80 Zloty auf 23,50 Zloty (ca. 5,29 Euro).
03.07.2023	Nach dem Treffen mit Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak in Zamość (Ostpolen) mahnt Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius rasche Fortschritte beim Aufbau und Betrieb eines Reparaturzentrums für deutsche und polnische Leopard 2-Kampfpanzer in Polen an. Auf dessen Einrichtung in Gliwicz (Gliwice) durch das polnische Rüstungsunternehmen Bumar-Łabędy haben sich beide Seiten bereits im April im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine geeinigt. Dem Magazin Der Spiegel zufolge hält die deutsche Seite die Preisvorstellungen Polens für Instandsetzungsarbeiten für übersteuert. Błaszczak spricht sich dafür aus, dass die Stationierung deutscher Patriot-Luftverteidigungssysteme in Zamość verlängert wird, da die Bedrohung für Polen mit der Verlegung von russischen Atomwaffen und Kämpfern der Söldnertruppe Wagner ins Nachbarland Belarus weiter gestiegen sei.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

## ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf [bpb.de](http://bpb.de)



### Deutsches Polen-Institut Darmstadt ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

#### Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

#### Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)  
Satz: Matthias Neumann

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz  
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 1863-9712 © 2023 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,  
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: [kaluza@dpi-da.de](mailto:kaluza@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus  
analytical  
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian  
analytical  
digest



Zentralasien-Analysen



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

### Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>